

II-4804 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2354 JF

1983 -01- 19

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Heinz Fischer, Dr. Erich Schmidt
und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend das Massnahmenpaket zur Sicherung der
Beschäftigungspolitik in Österreich .

Entgegen früheren Prognosen der Wirtschaftsforscher ist
noch immer kein Ende der weltweiten Wirtschaftskrise
abzusehen. Das Bruttosozialprodukt der europäischen
OECD-Staaten wird heuer real um ein halbes Prozent sinken,
der Welthandel wird real um 3 % sinken. Damit wird sich auch
in diesem Jahr das Problem der Arbeitslosigkeit verschärfen.

Dadurch werden heuer (1983) in den Industriestaaten nicht
weniger als 34 Millionen Menschen ohne Arbeit sein, davon in
Westeuropa 19 Millionen Menschen. Die Arbeitslosenrate wird
damit im westeuropäischen Durchschnitt 11 % (!) erreichen.

Diese Entwicklung wurde von den Wirtschaftsforschern nicht
vorausgesehen: Vor einem Jahr wurde für 1982 für den
gesamten OECD-Raum ein reales Wachstum vom 1,5 %
vorausgesagt. Tatsächlich schrumpfte das Bruttonationalprodukt
dieser Staaten um ein halbes Prozent.

Vor einem Jahr wurde für 1982 ein reales Wachstum des
Welthandels von 4 % vorausgesagt, tatsächlich verringerte sich
das Volumen des Welthandels real um 1 %.

-2-

Auch die Prognosen der österreichischen Wirtschaftsforscher über die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich waren auf Grund der Fehleinschätzungen der internationalen Entwicklung zu optimistisch. Vor einem Jahr sagte das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung für 1982 ein reales Wachstum von 2 % voraus, tatsächlich wuchs die österreichische Wirtschaft im Jahre 1982 um 1 %.

Die Regierung hat schon im Jahr 1982 auf die Verschlechterung der Wachstums- oder Beschäftigungsprognosen ohne Zögern mit beschäftigungspolitischen Massnahmen reagiert. Die beiden 1982 beschlossenen Beschäftigungsprogramme sichern nach Schätzung des Wirtschaftsforschungsinstitutes zehntausende Arbeitsplätze.

Wie gross der Erfolg der österreichischen Wirtschaftspolitik war, zeigt jeder Vergleich mit der Entwicklung in anderen Industriestaaten. So betrug die Arbeitslosenrate 1982 in Grossbritannien 12 %, in Belgien 16 %, in den USA 10 %, in der BRD 7,5 %, in Österreich jedoch nur 3,7 %.

Ein eindrucksvolles und sicher nicht unwichtiges Detail ist in diesem Zusammenhang die Wirksamkeit der Beschäftigungsprogramme auf dem Bausektor.

Während noch vor wenigen Monaten von verschiedenen Seiten prophezeit wurde, dass die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter im Winter 1982/1983 auf 100.000 ansteigen werde, beträgt die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter Mitte Jänner genau 47.466. und wird erfreulicherweise auch in den kommenden Wochen nur mehr geringfügig ansteigen.

Es zeigt sich also, dass eine aktive, entschlossene und initiative Beschäftigungspolitik - auch wenn sie von der ÖVP immer wieder kritisiert und nach Möglichkeit sogar

-3-

blockiert wird - wesentlichen Anteil daran hat, dass Österreich seit der Tätigkeit einer SPÖ-Regierung zu den Ländern mit den relativ niedrigsten Arbeitslosenraten und relativ günstigen Wirtschaftsdaten zählt, wie das kürzlich auch Nationalbankpräsident Dr. Koren bestätigt hat.

Anders wäre ja nicht erklärbar, dass die Arbeitslosenrate in Österreich am Ende der ÖVP-Alleinregierung (1969)

um 0,9 % über dem Durchschnitt der europäischen OECD-Länder lag,

heute aber um 6,2 % unter diesem Durchschnitt;

dass die österreichische Arbeitslosenrate am Ende der ÖVP-Alleinregierung um 2 % über der Arbeitslosenrate der Bundesrepublik Deutschland

und beispielsweise auch um 0,4 % über der Arbeitslosenrate Grossbritanniens lag,

heute aber um 3,8 % unter jener der Bundesrepublik Deutschland und 8,5 % unter jener Englands mit seiner konservativen Wirtschaftspolitik liegt.

Es ist also eine empirisch nachweisbare und trotz grosser propagandistischer Anstrengungen von konservativer Seite nicht widerlegbare Tatsache, dass die österreichische Wirtschaftspolitik in der Lage war, die Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise und insbesondere die Arbeitslosigkeit von Österreich besser fernzuhalten als dies in den meisten anderen europäischen Ländern gelungen ist, insbesondere solchen, in denen ÖVP ähnliche Vorstellungen dominieren.

-4-

Es ist insbesondere unbestritten, dass von 1.000 Arbeitslosen in Westeuropa (infolge der stark ansteigenden Arbeitslosenrate in den meisten westeuropäischen Ländern) heute wesentlich weniger Österreicher sind als zur Zeit der ÖVP-Regierung, weil die Wirtschaftspolitik Österreichs mit Nachdruck und Erfolg zur Verhinderung höherer Arbeitslosigkeit geführt hat.

Um auch in Zukunft die Massnahmen im Bereich der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ausreichend finanzieren zu können, bzw. um zu verhindern, dass auch in Österreich die Auswirkungen der Krise zu einem mit anderen Staaten vergleichbaren Ansteigen der Arbeitslosigkeit führen, ist eine solidarische Anstrengung der gesamten Gesellschaft notwendig.

Die bevorstehenden Nationalratswahlen bringen natürlich die Gefahr mit sich, dass man versucht, die Menschen mit opportunistischen Versprechungen zu täuschen und dass man aus wahltaktischen Gründen nicht den Mut zur Wahrheit hat.

Die Österreichische Volkspartei ist dieser Gefahr in hohem Umfang erlegen. Vor den Augen der gesamten österreichischen Öffentlichkeit verspricht sie Dinge, die in eklatantem Widerspruch zueinander stehen (z.B. keine Steuererhöhungen, Senkung des Budgetdefizites und Erfüllung zahlreicher zusätzlicher Forderungen, wie sie in Anträgen und Diskussionsbeiträgen von ÖVP-Politikern formuliert werden).

Vor den Augen der gesamten Öffentlichkeit betreibt sie eine opportunistische Politik unhaltbarer Versprechungen.

Vor den Augen der gesamten Öffentlichkeit hat sie jahrelang den Mut zu unpopulären, aber notwendigen Massnahmen gefordert, um jetzt, wo solche Massnahmen unerlässlich sind, den Mut zur Unpopularität wie eine heisse Kartoffel fallen zu lassen, weil Nationalratswahlen vor der Türe stehen.

-5-

Mit absoluter Sicherheit kann daher gesagt werden, dass die ÖVP - wenn sie die Macht dazu hätte - nach den Wahlen in entscheidenden Punkten anders handeln würde als sie es vor den Wahlen verspricht.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland hat bekanntlich die CDU, nachdem sie durch einen Koalitionswechsel der FDP die Regierung übernommen hat, in entscheidenden Punkten das Gegenteil von dem getan, was sie noch wenige Monate vorher definitiv versprochen und angekündigt hat.

Da eine solche Täuschungspolitik das Vertrauen der Menschen in die Politik nur weiter reduzieren würde, haben sich die zuständigen Gremien der SPÖ, einschliesslich der sozialistischen Parlamentsfraktion entschlossen, trotz der bevorstehenden Wahlen klar und deutlich zu sagen, welche solidarischen Anstrengungen und Belastungen erforderlich sind, um den österreichischen Weg fortsetzen zu können, der durch weit unterdurchschnittliche Arbeitslosenraten und durch eine unterdurchschnittliche Inflationsrate und durch ein hohes Mass an politischer und sozialer Stabilität gekennzeichnet ist.

Es ist selbstverständlich, dass bei diesen Massnahmen in entscheidender Weise auf die soziale Symetrie geachtet werden muss, d.j. insbesondere darauf, dass die sozial Schwächeren und die Bezieher niedriger Einkommen so wenig wie möglich, oder überhaupt nicht betroffen werden.

Um dem Nationalrat und damit der österreichischen Öffentlichkeit ein authentisches Bild auf diesem Gebiet zu vermitteln und auch die Möglichkeit einer Aussprache zu erbringen, stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehenden

A n f r a g e n:

1. Welche Massnahmen hält die Bundesregierung für unerlässlich, um auch in Zukunft wirksame Beiträge zur Fortsetzung der Krisenbekämpfungspolitik und einer aktiven Beschäftigungspolitik leisten zu können ?
2. Welcher Personenkreis ist von diesen Massnahmen betroffen und welcher Personenkreis wird von diesen Massnahmen nicht betroffen sein ?
3. Wann sollen nach Ihren Vorstellungen die einzelnen Massnahmen in Wirksamkeit gesetzt werden ?
4. Welche Auswirkungen würden entstehen, wenn man die gleichen Einnahmen durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu erzielen versucht ?
5. Welche Auswirkungen würden entstehen, wenn man die von der CDU geführte Regierung in der Bundesrepublik Deutschland - entgegen allen vorherigen Beteuerungen und Versprechungen - gesetzten Massnahmen (Mehrwertsteuererhöhung, Verschiebung der Pensionserhöhung, Kürzung des Familiengeldes etc.) auf österreichische Verhältnisse übertragen würde ?
6. In welchen westlichen Industrieländern gibt es derzeit eine Quellensteuer (oder eine dieser vergleichbare Besteuerung) und wie ist sie konstruiert ?
7. In welchen Grössenordnungen würden sich die von der ÖVP immer wieder vorgeschützten Einsparungsmöglichkeiten (Einsparung sämtlicher Staatssekretäre, Halbierung des gesamten Repräsentationsaufwandes der Bundesregierung, Nichtnachbesetzung aller in Pension gehenden öffentlich Bediensteten im Bereich der Zentralstellen des Bundes) auswirken ?

-7-

8. Wird im Zuge der geplanten Massnahmen sichergestellt, dass Ausgleichszulagen durch Erträge aus Sparzinsen unberührt bleiben ?
9. Kann man - entweder in allgemeiner Form oder an Hand von Beispielen - Aussagen über verteilungspolitische Wirkungen der geplanten Massnahmen treffen ?
10. Wie hoch ist der prozentuelle Anteil der Personalausgaben des Bundes im Budget 1983 im Verhältnis zum prozentuellen Anteil im Budget der ÖVP-Alleinregierung von 1969 ?
11. Ist der prozentuelle Anteil der Ausgaben für Repräsentation an den Gesamtausgaben des Bundes seit 1969 gestiegen oder gefallen ?

In formeller Hinsicht wird beantragt, die Anfrage gemäss § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates dringlich zu behandeln.